

Daphi, Priska; Deitelhoff, Nicole; Rucht, Dieter; Teune, Simon

**Article — Published Version**

## Vorwort

Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Daphi, Priska; Deitelhoff, Nicole; Rucht, Dieter; Teune, Simon (2017) : Vorwort, Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, ISSN 1861-8588, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Vol. Sonderband 33, pp. 7-8, <https://doi.org/10.5771/9783845288413-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226025>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Vorwort

Proteste sind eine zentrale Form politischer Partizipation, in der sich Bürgerinnen und Bürger selbstorganisiert und unmittelbar artikulieren und damit Konflikte sichtbar machen. Da sie außerhalb politischer Institutionen und vielfach unabhängig von formal organisierten Vereinigungen stattfinden, wurden Proteste vom politikwissenschaftlichen Mainstream lange vernachlässigt. Allerdings hat sich in den letzten Jahren das Interesse an diesem Themenbereich deutlich erhöht. Als Katalysator dafür wirkten Proteste gegen Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21, Flughafenerweiterungen und Stromtrassen, aber auch die Auseinandersetzungen um Themen wie Bankenregulierung, Freihandelsabkommen, Netzpolitik, Gentrifizierung und Migration. Proteste sind in vielerlei Hinsicht bedeutsam für politikwissenschaftliche Fragestellungen. Sie beeinflussen öffentliche Diskurse, politische Kultur, einzelne politische Entscheidungen und Politikfelder, zuweilen sogar ganze Regierungssysteme. Ihr potentieller oder realer Einfluss auf alle Phasen des Politikzyklus – von der Problemdefinition bis zur Evaluation – ist offenkundig. Zuletzt wurde das durch eine neue Welle von Protesten belegt, die vom Arabischen Frühling bis zu den Protesten gegen Austeritätspolitik in vielen Ländern Europas sehr unterschiedliche Dynamiken auslöste.

Gleichzeitig befindet sich die Protestlandschaft selbst im Wandel. Soziale Bewegungen haben sich im Kontext von Globalisierung und Digitalisierung seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts stark gewandelt. Der vorliegende Sonderband soll Einsichten in die veränderte Protestlandschaft in Deutschland und Europa bieten. Insbesondere geht es um einen Überblick zu den Bedingungen, Formen und Effekten von Protesten der letzten Jahrzehnte. Mit dem Sonderband sollen zumindest Teile der vorhandenen Forschung im deutschsprachigen Raum zu sozialen Bewegungen und Protesten zusammengebracht und auf politikwissenschaftliche Fragestellungen bezogen werden.

Gesellschaftliche Veränderungen bedingen und strukturieren Protest auf unterschiedliche Weise. In der Politikwissenschaft sind in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren Stichworte wie Postdemokratie, Mehrebenenregime und Digitalisierung diskutiert worden. Folgt man etwa der These vom postdemokratischen Zustand liberaler Demokratien, der zufolge die Volkssouveränität durch die Verlagerung der Entscheidungsfindung und andere Tendenzen ausgehöhlt wird, so hat dies auch Einfluss auf den Protestsektor. Wenn sich politische Entscheidungen und Regulierungen von Kommune, Land, Nationalstaat und internationalen Regimen zunehmend überlagern, so reagieren Protestbewegungen unter anderem mit veränderten Deutungsmustern, einer Erweiterung des Adressatenkreises und neuen Organisationsformen. In den letzten Jahren waren insbesondere die globalisierungskritischen Bewegungen Ausdruck solcher Veränderungen. Am Beispiel der jüngsten Protestwelle der »Empörten« wird die Spannung zwischen europäischer und nationalstaatlicher Ebene besonders deutlich, da sich die Kritik in erster Linie auf das Handeln nationaler Regierungen richtet, welches jedoch zunehmend von

Vorgaben der Europäischen Union beeinflusst wird. Auch sind im Kontext der Globalisierung und der damit einhergehenden ökonomischen Verwerfungen und Migrationsbewegungen neue Konfliktlinien identifiziert worden, die sich in Protesten widerspiegeln. Seit den 1990er Jahren hat die Problematik der Migration nicht nur das Parteiengefüge verändert, sondern ist auch zu einem zentralen Protestthema geworden.

Eine weitere wichtige Kontextbedingung für Protest ist die Digitalisierung der Kommunikation. Mit der enormen Reichweite und Geschwindigkeit des Internet, mit den Möglichkeiten des *user generated content* sowie den mediatisierten sozialen Netzwerken bieten sich Protestgruppen neue Wege der Mobilisierung bei relativ geringen Transaktionskosten. Davon macht eine Vielzahl von informellen Gruppen und etablierten Organisationen Gebrauch. Zudem sind spezialisierte Kampagnennetzwerke entstanden, die zum Teil Online- und Offline-Proteste kombinieren. Generell zeigt sich, dass Erwartungen und Mechanismen massenmedialer Kommunikation immer stärker die Erscheinungsformen und Inszenierungen von Protest prägen, wobei kommerzielle und öffentlich-rechtliche Medien noch immer eine Schlüsselrolle zu spielen scheinen.

Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf Inhalte, Formen und Effekte von Protesten? Haben Proteste in Zeiten wachsender Skepsis gegenüber den politischen Institutionen und ihren VertreterInnen einen stärkeren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung? Kommt es mit der zunehmenden Verschränkung lokaler, nationaler und internationaler Handlungsebenen zu einer Verschiebung des Themenkatalogs und der Adressaten von Forderungen? Kann durch die Nutzung des Internet und die Verbreitung sozialer Netzwerke die öffentliche Agenda nachhaltig beeinflusst werden? Diese Fragen verlangen nach empirisch fundierten Antworten, zu denen der Sonderband einen Beitrag liefert.

Priska Daphi, Nicole Deitelhoff, Dieter Rucht, Simon Teune